

Stadt-, Markt-, Gemeindeamt – Magistrat

Fortl. Zl. _____

am _____ 2017

Es erscheint die unterzeichnete österreichische Staatsbürgerin oder der unterzeichnete österreichische Staatsbürger und gibt an: ¹⁾

Ich stelle gemäß § 28 der Nationalrats-Wahlordnung 1992, BGBl. Nr. 471 in der geltenden Fassung, einen

Berichtigungsantrag

gegen das Wählerverzeichnis der Gemeinde _____

und begehre die Aufnahme Streichung der nachstehend angeführten Person in das aus dem Wählerverzeichnis

(des Wahlsprengels _____) ²⁾

Vorname, Familienname: _____

Geboren am: _____

Hauptwohnsitz (am _____): _____

Begründung: _____

An Dokumenten lege ich bei: ³⁾ _____

Antragstellerin oder Antragsteller:

Vor mir: ¹⁾ _____

(Vorname, Familienname
der Bediensteten oder des Bediensteten)

(Vorname, Familienname in Blockschrift)

(Unterschrift der Bediensteten oder des Bediensteten) ¹⁾

(Wohnadresse)

(Unterschrift)

¹⁾ Zu streichen, wenn der Berichtigungsantrag schriftlich erfolgt.

²⁾ Nur ausfüllen, wenn die Gemeinde in Wahlsprengel eingeteilt ist.

³⁾ Bei Aufnahmebegehren ist – neben anderen zur Begründung notwendigen Belegen – ein von einer vermeintlich wahlberechtigten Person ausgefülltes Wähleranlageblatt anzuschließen.

Aktenvermerk:

nur wenn Streichung beantragt!

Die Person, gegen deren Aufnahme in das Wählerverzeichnis ein Berichtigungsantrag gestellt wurde, wurde mit Form. 1 innerhalb von 24 Stunden verständigt.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Der Gemeindevahlbehörde zur Entscheidung binnen sechs Tagen, nach Ende des Einsichtszeitraumes!

Antrag

- Aufzunehmen!
- Berichtigungsantrag ist abzuweisen!
- Zu streichen!

Beilagen

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Entscheidung der Gemeindevahlbehörde vom

- Aufzunehmen!
- Berichtigungsantrag ist abzuweisen!
- Zu streichen!

Der Gemeinde samt Beilagen zur weiteren Veranlassung.

Die Gemeindevahlleiterin/Der Gemeindevahlleiter

.....
(Unterschrift)

Vermerk der Wahlkanzlei:

Im Wählerverzeichnis eingetragen gestrichen unter fortl. Nr.
(Wahlsprengel Nr.)

1.

2.

Antragstellerin oder Antragsteller mit Form. 2, betroffene Person mit Form. 3 verständigt.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

Form. 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

_____, am _____ 2017

P. T.

Sie werden hiermit gemäß § 29 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 verständigt, dass gegen Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr. _____) ein Berichtigungsantrag gestellt wird.

Gründe: _____

Es steht Ihnen frei, binnen 4 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich oder mündlich Einwendungen bei der Gemeindewahlbehörde vorzubringen. Über den Berichtigungsantrag wird von der Gemeindewahlbehörde entschieden werden, auch wenn in dieser Frist eine Äußerung von Ihnen nicht einlangt.

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
für die Bürgermeisterin/für den Bürgermeister

Form. 2 (Mitteilung an die Antragstellerin oder den Antragsteller)

_____, am _____ 2017

P. T.

Aufgrund Ihres Berichtigungsantrages werden Sie hiermit gemäß § 30 Abs. 2 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 verständigt, dass Herr/Frau _____

wohnhaft in _____

in das _____ Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr. _____) eingetragen nicht eingetragen
 aus dem _____ gestrichen nicht gestrichen worden ist.

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 32 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 binnen 2 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb dieser Frist einlangen.

_____ Beilagen folgen zurück.

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
für die Bürgermeisterin/für den Bürgermeister

Form. 3 (Mitteilung an betroffene Person)

_____, am _____ 2017

P. T.

Sie werden hiermit gemäß § 30 Abs. 2 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 verständigt, dass die Gemeindewahlbehörde über den betreffend Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellten Berichtigungsantrag entschieden und verfügt hat, dass Sie

in das _____ Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr. _____) einzutragen nicht einzutragen
 aus dem _____ zu streichen nicht zu streichen sind.

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 32 Abs. 1 der Nationalrats-Wahlordnung 1992 binnen 2 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb der genannten Frist einlangen.

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,
für die Bürgermeisterin/für den Bürgermeister

Form. 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

Fortl. Zl. _____

Gemeinde: _____

Herrn/Frau

Form. 2 (Mitteilung an Antragstellerin oder Antragsteller)

Fortl. Zl. _____

Gemeinde: _____

Herrn/Frau

Form. 3 (Mitteilung an betroffene Person)

Fortl. Zl. _____

Gemeinde: _____

Herrn/Frau

